

3.6NEU3 Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

524 **Verwaltung modernisieren**

525 Die Landespolitik hat es bisher versäumt, die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
526 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
527 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
528 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
529 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
530 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
531 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
532 kurzen Wegen für die Bürger*innen. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen überflüssig.
533 Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die
534 anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen, um die Transparenz
535 zu stärken. Im Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in
536 welchem alle nicht-personenbezogene oder als vertraulich eingestuft Informationen für alle
537 Bürgerinnen und Bürger öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der
538 Verwaltung sind für uns Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende
539 Voraussetzungen.

540 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
541 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
542 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
543 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
544 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
545 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
546 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
547 Bürger*innen. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das gemeinsame
548 Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der Zusammenarbeit abgeben,
549 gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein gemeinsames Bundesland
550 Brandenburg-Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur geben, wenn die Bevölkerung
551 beider Länder in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet. Voraussetzung ist, dass die zentralen
552 Fragen - wie der Umgang mit der milliardenschweren Verschuldung beider Länder – vorab geklärt sind.

553 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

554 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
555 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
556 Steuereinnahmenplus von mehr als eine Milliarde Euro gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden
557 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem
558 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über einer Milliarde Euro aufgebaut
559 werden. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar
560 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Milliarden Euro eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die
561 10 Milliarden-Grenze übersteigen.

562 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
563 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
564 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
565 Landes deren Funktionen gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende

566 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
567 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
568 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
569 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs kommen sie nie auf einen grünen Zweig. Die
570 Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche
571 Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

572 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
573 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege ,
574 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
575 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
576 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen. Unser
577 Vorschlag, die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
578 die Schulden tilgung zu stecken wurde von der Landesregierung abgelehnt.

579 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
580 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
581 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
582 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
583 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
584 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und den Breitbandausbau. Die Kommunen in
585 Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
586 meistern können. Wir wollen den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent machen und dafür das
587 Landesvermögen inventarisieren. Dadurch wird für später auch eine Umstellung der Buchführung auf ein
588 Verfahren möglich, das die Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darstellt (Ablösung der
589 Kameralistik durch Doppik). Die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns
590 ist es aber auch wichtig, die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im
591 Pensionsfonds des Landes wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen, wie die Geschlechter
592 von den Ausgaben des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der
593 Mittelverwendung auf diese erkennbar machen ("Genderbudgeting").

594 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

595 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
596 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
597 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
598 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
599 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
600 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56 Prozent der
601 West-Kommunen. Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb
602 Brandenburgs, auf die die Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 Prozent der
603 brandenburgischen Kommunen in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch
604 bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen
605 kommunale Kassenkredite von knapp 750 Millionen Euro. Die rot-rote Landesregierung will das Problem
606 mit einer höheren Verbundquote (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und
607 hat angekündigt, den Soziallastenausgleich von 20 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen. Letzteres ist bei
608 einer Gesamtsumme von zwei Milliarden Euro aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und
609 reicheren Kommunen kann mit beiden Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte
610 Teilentschuldung der Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten.
611 Wir wollen die kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens
612 den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die
613 Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten
614 Einwohnerveredelung den Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen.
615 Mit einer solchen nachhaltigen Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die kommunale

⁶¹⁶ Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen sicherstellen
⁶¹⁷ und damit die Kommunen als Basis unseres föderalen Staates stärken.